EU-Haushalt 2025: Die Nettopositionen der Mitgliedstaaten

Wer sind die größten Nettozahler und Nettoempfänger?

Berthold Busch / Björn Kauder / Samina Sultan

Köln, 24.11.2026

IW-Report 52/2026

Wirtschaftliche Untersuchungen,
Berichte und Sachverhalte

INSTITUT DER DEUTSCHEN WIRTSCHAFT

Herausgeber
Institut der deutschen Wirtschaft Köln e. V.
Postfach 10 19 42
50459 Köln

Das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) ist ein privates Wirtschaftsforschungsinstitut, das sich für eine freiheitliche Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung einsetzt. Unsere Aufgabe ist es, das Verständnis wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Zusammenhänge zu verbessern.

Das IW in den sozialen Medien

LinkedIn
@Institut der deutschen Wirtschaft

Instagram
@IW_Koeln

Autoren

Dr. Berthold Busch
Senior Economist für Europäische Integration
busch@iwkoeln.de
0221 – 4981-762

Dr. Björn Kauder
Senior Economist für Finanz- und Steuerpolitik
kauder@iwkoeln.de
0221 – 4981-516

Dr. Samina Sultan
Senior Economist für europäische Wirtschaftspolitik und Außenhandel
sultan@iwkoeln.de
0221 – 4981-312

DOI: 10.67087/12.21759

Weitere Studien des Instituts der deutschen Wirtschaft finden Sie unter www.iwkoeln.de

In dieser Publikation wird aus Gründen der besseren Lesbarkeit regelmäßig das grammatikalische Geschlecht (Genus) verwendet. Damit sind hier ausdrücklich alle Geschlechteridentitäten gemeint.

Stand:
November 2026

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung **4**

1 Einleitung **5**

2 Empirische Auswertung **7**

2.1 Nettopositionen 2025 7
2.2 NextGenerationEU 11
2.3 Fiktive Agrar- und Kohäsionssalden 14

3 Resümee **17**

4 Abstract **18**

Anhang **19**

Tabellenverzeichnis **20**

Abbildungsverzeichnis **20**

Literaturverzeichnis **21**

JEL-Klassifikation

H61 – Öffentlicher Haushalt, Budgetsysteme
H77 – Beziehungen zwischen Gebietskörperschaften, Föderalismus, Sezession

Zusammenfassung

Der operative Haushaltssaldo stellt zurechenbare Rückflüsse den nationalen Finanzierungsbeiträgen gegenüber. 2025 war Deutschland mit 14,9 Milliarden Euro erneut der größte Nettozahler; gegenüber 2024 stieg der Nettobeitrag um 1,8 Milliarden Euro. Je Einwohner lagen die Niederlande mit 179 Euro knapp vor Deutschland (178 Euro). Gemessen am Bruttonationaleinkommen (BNE) stand Deutschland mit einem Nettobeitrag von 0,32 Prozent an der Spitze, gefolgt von den Niederlanden mit 0,28 Prozent. Polen war mit 6,7 Milliarden Euro größter Nettoempfänger, gefolgt von Rumänien (5,9 Milliarden Euro). Relativ zum BNE profitierten vor allem Lettland (2,70 Prozent) und Litauen (1,74 Prozent). Zu betonen ist, dass die Nettopositionen nur zurechenbare Beiträge und Rückflüsse erfassen, nicht den gesamten wirtschaftlichen und nicht-monetären Nutzen der EU-Mitgliedschaft.

Die Analyse berücksichtigt zusätzlich die Finanzströme von NextGenerationEU (NGEU). 2025 wurden aus der Aufbau- und Resilienzfazilität 40,3 Milliarden Euro an Zuschüssen ausgezahlt, rund 31,5 Milliarden Euro weniger als 2024. Deutschland erhielt knapp 350 Millionen Euro, nachdem es im Vorjahr 15,2 Milliarden Euro gewesen waren. Bei NGEU war Griechenland mit 1,28 Prozent des BNE größter Nettoempfänger, Deutschland und Ungarn waren mit jeweils 0,21 Prozent die größten Nettozahler. Addiert man die operativen Haushaltssalden und die NGEU-Salden, belief sich Deutschlands Nettobeitrag auf 0,53 Prozent des BNE. Bis zum 1. Oktober 2026 profitierten Spanien und Italien gemessen an ihrem Anteil an den ARF-Zuschüssen im Verhältnis zum BNE am stärksten. Deutschland leistete den größten Solidaritätsbeitrag in diesem Vergleich.

Teilsalden für Agrar- und Kohäsionspolitik zeigen unterschiedliche Muster. Agrarausgaben machten 42 Prozent der EU-Ausgaben aus, in Italien waren es 48, in Frankreich 58 und in Spanien 62 Prozent. Im fiktiven Agrarhaushalt waren Bulgarien, Litauen, Lettland und Griechenland mit jeweils gut 0,7 Prozent des BNE Nettoempfänger. Frankreich und Italien waren mit kleinen Beträgen Nettozahler. Größte Nettozahler waren Belgien (0,17 Prozent), die Niederlande (0,15 Prozent), Luxemburg und Deutschland (je 0,13 Prozent). Im fiktiven Kohäsionshaushalt waren Lettland und Rumänien mit deutlich über einem Prozent des BNE die größten Nettoempfänger. Litauen, Kroatien und Tschechien erreichten gut 0,7 Prozent. Die fünf größten Nettozahler – Dänemark, Irland, Deutschland, Frankreich und Spanien – lagen zwischen 0,14 und 0,16 Prozent des BNE.

Für die Verhandlungen über den Mehrjährigen Finanzrahmen 2028–2034 sollte angesichts geopolitischer Herausforderungen mehr Gewicht auf den Bereichen Verteidigung und Wettbewerbsfähigkeit liegen. Der Kompromissvorschlag der irischen Ratspräsidentschaft sieht hingegen dort Kürzungen vor, während Agrar- und Kohäsionsmittel unangetastet bleiben. Dies geht somit in die falsche Richtung. Denn aus dem Haushalt der EU sollten vorrangig europäische öffentliche Güter finanziert werden. Gerade bei gemeinsamen Verteidigungsanstrengungen profitieren alle Mitgliedstaaten davon; hier gibt es keine Rivalität im Konsum.

1 Einleitung

Die Verhandlungen über den nächsten Mehrjährigen Finanzrahmen der EU, den MFR 2028–2034, sollten bis Ende des Jahres 2026 abgeschlossen sein. Zumindest sollten sich die Mitgliedstaaten noch vor 2027 geeinigt haben, da im nächsten Jahr in einflussreichen Mitgliedstaaten wie Frankreich, Italien und Polen Wahlen anstehen, die je nach Ausgang die Verhandlungen noch komplizierter machen könnten. Während die Europäische Kommission den nächsten MFR mit knapp 2 Billionen Euro (in laufenden Preisen) ausstatten möchte, drängen einige Mitgliedstaaten auf eine deutliche Kürzung um mehrere hundert Milliarden Euro, darunter vor allem Deutschland, aber auch Dänemark, Finnland, die Niederlande, Österreich und Schweden. Dem steht eine Gruppe einer größeren Zahl von Mitgliedstaaten einschließlich Frankreich und Italien gegenüber, die Kürzungen bei traditionellen Ausgabenbereichen wie der Agrar- und Kohäsionspolitik ablehnen. Die Vorschläge der Kommission würden etwa 1,26 Prozent des Bruttonationaleinkommens der EU entsprechen, im Vergleich mit 1,13 Prozent im vorherigen MFR für die Jahre 2021 bis 2027 (Petzold, 2026). Das Europäische Parlament, das dem nächsten MFR zustimmen muss, fordert gar eine höhere finanzielle Ausstattung, die bezogen auf das BNE 1,38 Prozent ausmachen würde (Petzold, 2026). Die irische Ratspräsidentschaft hat am 10. Oktober einen Kompromiss vorgeschlagen, der eine Gesamtausstattung in Höhe von 1.825,5 Milliarden Euro vorsieht – gegenüber dem Kommissionsvorschlag eine Verringerung um knapp 160 Milliarden Euro.

Die Länder, die auf eine Reduzierung der MFR-Ausgaben gegenüber dem Vorschlag der Kommission drängen, sind allesamt Nettozahler gegenüber dem EU-Haushalt. Sie zahlen mehr in das EU-Budget ein, als sie von dort zurückerhalten. Die Gruppe der Mitgliedstaaten, die gegen eine Kürzung insbesondere bei den Agrar- und Kohäsionszahlungen sind, besteht zu einem großen Teil aus Nettoempfängern, wenn auch nicht ausschließlich. Das sollte Anlass genug sein, auch in diesem Jahr die Nettopositionen der Mitgliedstaaten gegenüber dem EU-Haushalt zu ermitteln (vergleiche Busch et al., 2025).

Zwar spielen die Nettopositionen der Mitgliedstaaten gegenüber dem EU-Haushalt eine wichtige Rolle. Das bedeutet aber nicht, dass sich der Nutzen der EU für ihre Mitgliedstaaten auf die finanziellen Beziehungen reduzieren lässt. Eine Reihe von Studien hat versucht, den Nutzen zu quantifizieren, den die Mitgliedstaaten aus ihrer Mitgliedschaft in der EU und ihrer Teilnahme am Binnenmarkt ziehen. Für Deutschland werden dabei monetäre Vorteile in Höhe von mehreren hundert Milliarden Euro ermittelt (Felbermayr/Heiland 2024; Bardt et al., 2024). Darüber hinaus hat die EU insbesondere auch einen nicht-monetären Wert, der sich auch vor dem geschichtlichen Hintergrund ergibt.

Bei der Berechnung der Nettopositionen werden hier nur die Zahlungen aus dem EU-Haushalt berücksichtigt, die an die Mitgliedstaaten fließen. Die Zahlungen an Empfänger außerhalb der EU werden nicht berücksichtigt. Ebenfalls außen vor bleiben die Verwaltungsausgaben aus dem EU-Budget, weil sie nicht nur den Mitgliedstaaten zugerechnet werden können, in denen sie anfallen. 2025 hat die EU insgesamt 216,4 Milliarden Euro ausgegeben (Europäische Kommission, 2026). Davon entfielen auf den EU-Haushalt 174,7 Milliarden Euro und auf das Wiederaufbauprogramm NextGenerationEU (NGEU) 41,8 Milliarden Euro. Aus dem EU-Haushalt flossen an die Mitgliedstaaten 134,0 Milliarden Euro. Die Differenz zu 174,7 Milliarden Euro ist nicht einzelnen Mitgliedstaaten zurechenbar, weil diese Ausgaben beispielsweise für EU-weite Vorhaben bestimmt sind (earmarked).

Die operativen Ausgaben beliefen sich damit auf 122,0 Milliarden Euro (134,0 Milliarden minus 12,0 Milliarden für Verwaltung). Zur Berechnung der Nettopositionen werden nur die Einnahmen aus nationalen

Beiträgen der Mitgliedstaaten berücksichtigt. 2025 waren dies 132,4 Milliarden Euro, die sich folgendermaßen zusammensetzen: Eigenmittel auf der Grundlage des Bruttonationaleinkommens (BNE) in Höhe von 101,7 Milliarden Euro, Eigenmittel auf der Grundlage der Mehrwertsteuereinnahmen der Mitgliedstaaten in Höhe von 23,9 Milliarden Euro und der Kunststoffabgabe in Höhe von 6,9 Milliarden Euro, die sich an der Menge des nicht recycelten Plastikabfalls orientiert. Multipliziert man die Anteile der Mitgliedstaaten an den nationalen Beiträgen mit der Summe der operativen Ausgaben, erhält man einen fiktiven nationalen Beitrag zum EU-Haushalt, der von den jeweiligen nationalen Rückflüssen subtrahiert wird.

Im Folgenden wird außerdem ein Saldo für die finanziellen Beziehungen der Mitgliedstaaten im Rahmen von NGEU ermittelt. Dazu wird von den jeweiligen NGEU-Zahlungen an die Mitgliedstaaten ein fiktiver nationaler Finanzierungsbeitrag abgezogen. Er wird berechnet, indem die Anteile der Mitgliedstaaten am gemeinsamen BNE mit den NGEU-Gesamtausgaben multipliziert werden. Das BNE als Finanzierungsmaßstab ist damit zu rechtfertigen, dass die BNE-Eigenmittel etwa zwei Drittel der Gesamteinnahmen des EU-Haushalts ausmachen. In einem weiteren Schritt der empirischen Analyse kalkulieren wir Teilsalden für zwei Ausgabenschwerpunkte des EU-Haushalts, die Agrar- und die Kohäsionspolitik. Abschließend wird ein Resümee gezogen.

2 Empirische Auswertung

2.1 Nettopositionen 2025

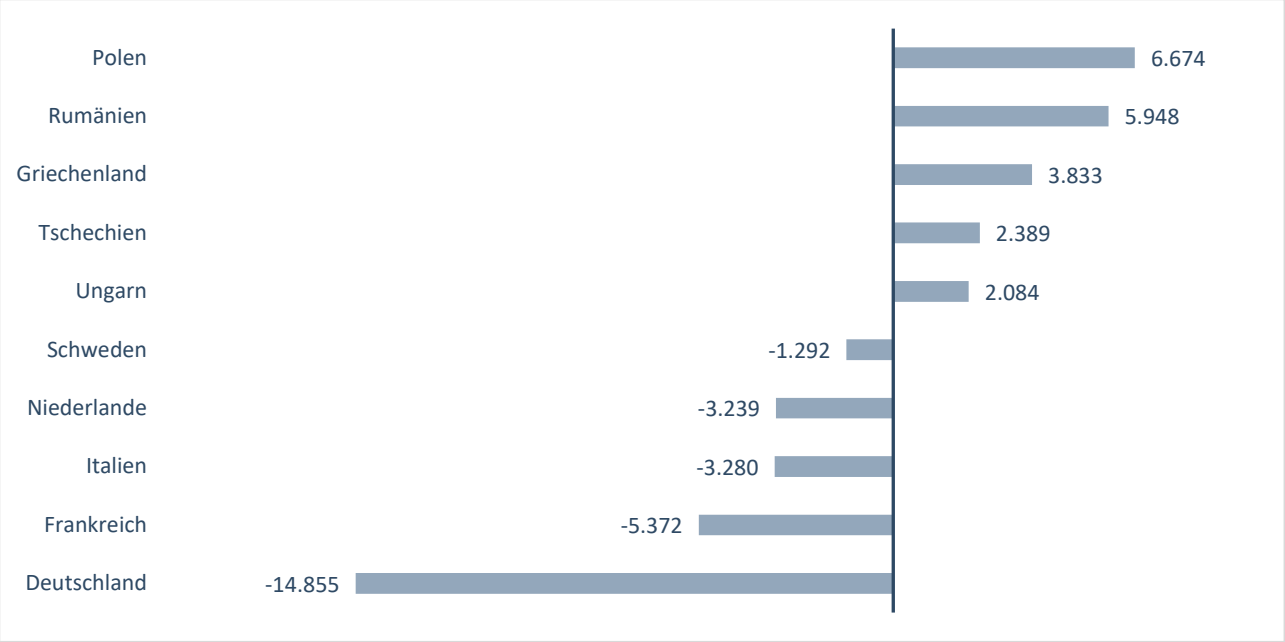
Die Nettopositionen der einzelnen Mitgliedstaaten werden mit drei Kennziffern dargestellt: den Nettopositionen in absoluten Eurobeträgen, den Nettopositionen pro Einwohner und den Nettopositionen relativ zum BNE. Abbildung 2-1, Abbildung 2-2 und Abbildung 2-3 zeigen diese drei Kennziffern jeweils für die fünf größten Nettozahler und die fünf größten Nettoempfänger im Jahr 2025 (die Darstellung für sämtliche Mitgliedstaaten findet sich im Anhang in Tabelle A-1).

Wie Abbildung 2-1 zeigt, war Deutschland im Jahr 2025 mit 14,9 Milliarden Euro der größte Nettozahler der EU. Zum Vergleich: Im Jahr 2024 lag der Wert bei 13,1 Milliarden Euro, 2023 bei 17,4 Milliarden Euro. Der Anstieg am aktuellen Rand ist weitgehend durch gestiegene nationale Beiträge erklärbar: Durch die Ausweitung des EU-Budgets musste Deutschland mehr einzahlen, die Rückflüsse sind zudem etwas geringer ausgefallen als im Jahr zuvor. Zweitgrößter Nettozahler bleibt Frankreich, das im vergangenen Jahr rund 5,4 Milliarden Euro mehr abführte als an Rückflüssen zu verzeichnen waren. Dies ist gut eine halbe Milliarde Euro mehr als im Vorjahr. Auf Platz drei reiht sich aufgrund gestiegener nationaler Beiträge Italien mit einem Nettobeitrag von 3,3 Milliarden Euro ein, was in etwa einer Verdoppelung im Vergleich zum Vorjahr entspricht. Die Liste der fünf größten Nettozahler wird, wie im Vorjahr, komplettiert durch die Niederlande (3,2 Milliarden Euro; starker Anstieg durch höhere nationale Beiträge) und Schweden (1,3 Milliarden Euro). Die Liste der fünf größten Nettozahler umfasst somit dieselben Länder in derselben Reihenfolge wie in den Vorjahren.

Größter Nettoempfänger ist, wie im vorvergangenen Jahr, Polen mit 6,7 Milliarden Euro (2024: 2,9 Milliarden Euro). Hauptgrund für den starken Anstieg sind erhöhte Rückflüsse für regionale Entwicklung und Kohäsion. Griechenland, das 2024 mit 3,5 Milliarden Euro noch auf dem ersten Platz lag, kommt 2025 auf den dritten Platz mit einem Haushaltssaldo von 3,8 Milliarden Euro. Dazwischen schiebt sich Rumänien mit 5,9 Milliarden Euro auf Platz zwei, nach 2,7 Milliarden Euro im Jahr zuvor (auch hier durch stark erhöhte Mittel für regionale Entwicklung und Kohäsion). Tschechien folgt auf Platz vier mit 2,4 Milliarden Euro. Auf Platz fünf liegt Ungarn mit 2,1 Milliarden Euro. Im Vergleich zur Liste der fünf größten Nettoempfänger des Vorjahres ist Tschechien neu dabei. Spanien ist nicht mehr unter den fünf größten Nettoempfängern vertreten, sondern nunmehr sechstgrößter Nettozahler. Der Grund hierfür liegt einerseits in deutlich gestiegenen nationalen Beiträgen, andererseits in rückläufigen Zuflüssen aus der Rubrik Kohäsion, Resilienz und Werte.

Abbildung 2-1: Operativer Haushaltssaldo ausgewählter Mitgliedstaaten

In Millionen Euro, 2025



Bei dem hier berechneten Haushaltssaldo werden die Zolleinnahmen, die Verwaltungsausgaben und die Ausgaben in Drittländern nicht berücksichtigt.

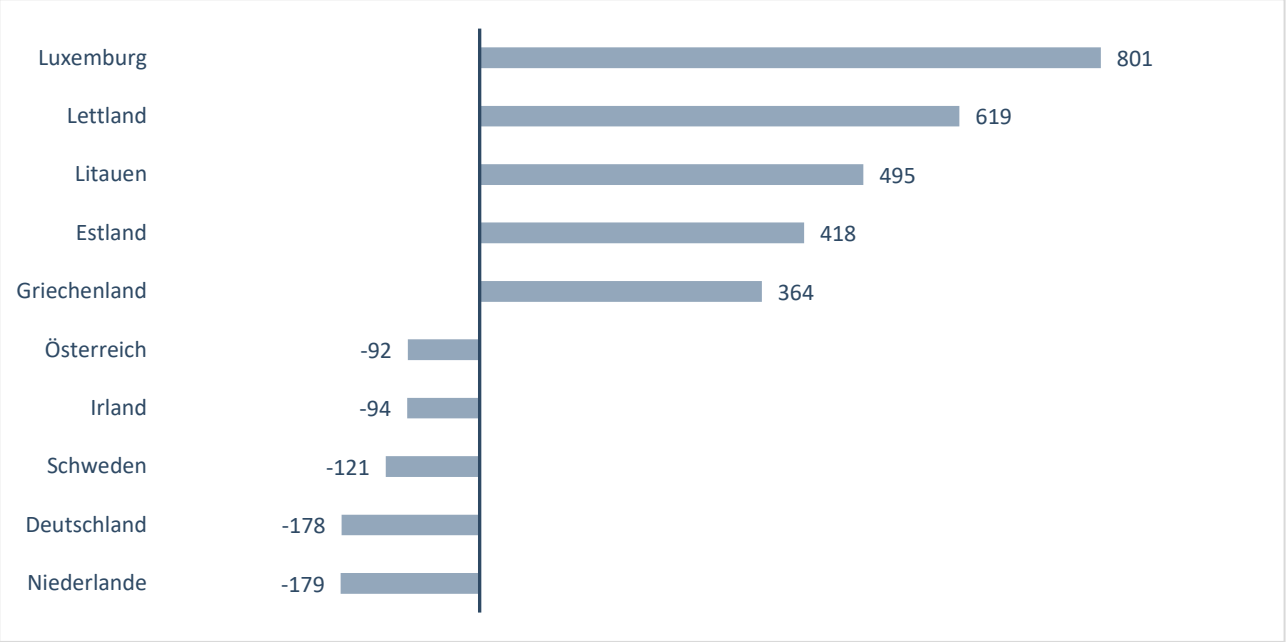
Quellen: Europäische Kommission, 2026; Institut der deutschen Wirtschaft

Betrachtet man die Nettozahlungen pro Einwohner, ergibt sich in Teilen ein anderes Bild, wie Abbildung 2-2 zeigt. An der Spitze der Nettozahler liegen in diesem Jahr die Niederlande mit einem Betrag von 179 Euro pro Einwohner, getrieben durch höhere nationale Beiträge. Im vergangenen Jahr lagen die Niederlande mit 83 Euro pro Einwohner noch auf Platz fünf. Deutschland, das 2024 an der Spitze lag, folgt mit 178 Euro pro Einwohner nahezu gleichauf auf dem zweiten Rang. Im vergangenen Jahr lag der deutsche Nettobeitrag noch bei etwa 157 Euro pro Einwohner. Weiterhin Dritter ist Schweden mit 121 Euro pro Einwohner, was etwa ein Drittel höher liegt als im Vorjahr (94 Euro). Irland, im Vorjahr mit 130 Euro noch auf Platz zwei, liegt nun mit 94 Euro auf Platz vier. Die Top 5 werden komplettiert durch Österreich mit nahezu konstanten 92 Euro pro Einwohner.

Wie bereits im Vorjahr liegt Luxemburg auf dem ersten Platz der größten Nettoempfänger mit nunmehr 801 Euro pro Einwohner, nach 560 Euro im Vorjahr. Ursächlich hierfür sind unter anderem hohe Mittelzuflüsse aus dem Forschungs- und Innovationsprogramm Horizon Europe. Es folgen die drei baltischen Staaten Lettland (619 Euro pro Einwohner), Litauen (495 Euro pro Einwohner) und Estland (418 Euro pro Einwohner). Auf dem fünften Platz liegt 2025 mit einigem Abstand Griechenland (364 Euro).

Abbildung 2-2: Operativer Haushaltssaldo ausgewählter Mitgliedstaaten

Euro pro Einwohner, 2025



Bei dem hier berechneten Haushaltssaldo werden die Zolleinnahmen, die Verwaltungsausgaben und die Ausgaben in Drittländern nicht berücksichtigt.

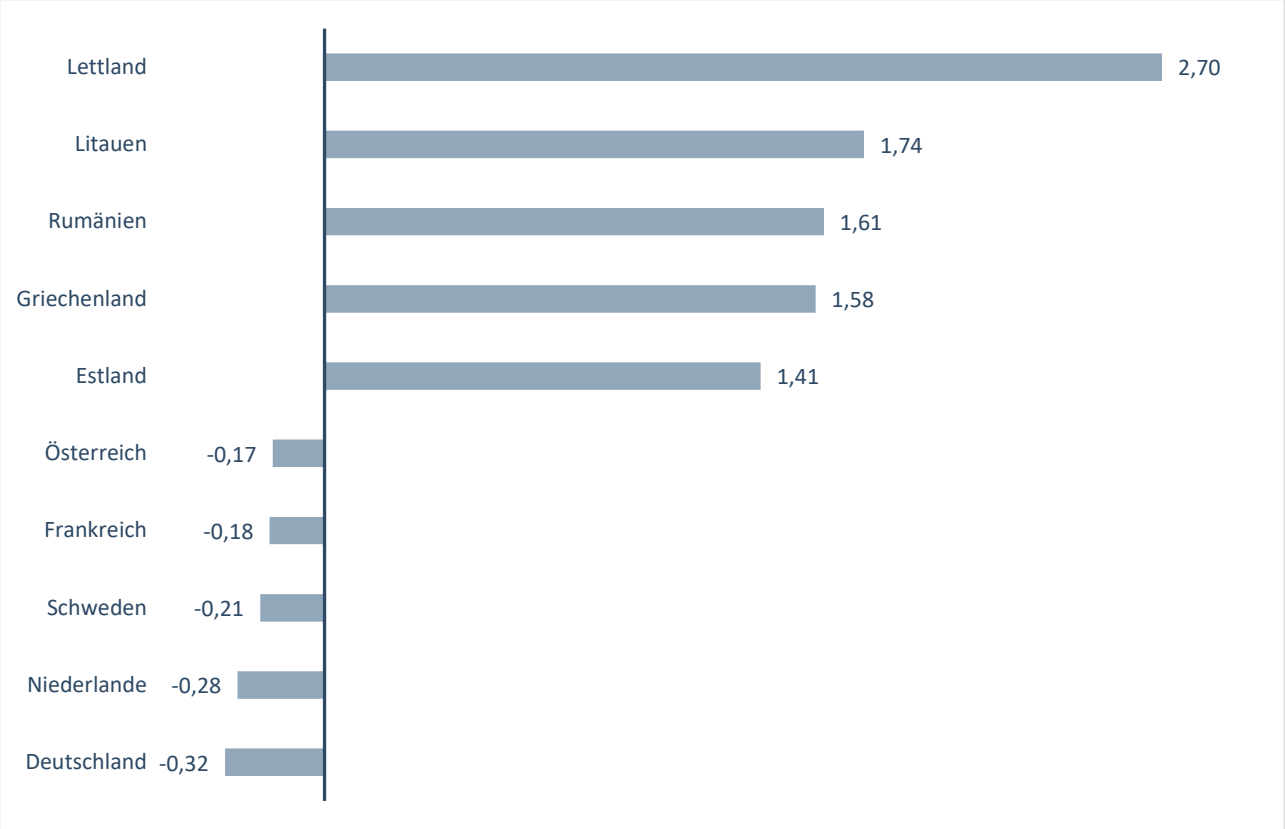
Quellen: Europäische Kommission, 2026; Eurostat, 2026; Institut der deutschen Wirtschaft

Schlüsselt man die Nettoposition relativ zum BNE auf, wie in Abbildung 2-3, so liegt Deutschland mit 0,32 Prozent auf der ersten Position der Nettozahler. Im Jahr 2024 war Deutschland bei dieser Betrachtung ebenfalls an der Spitze mit 0,29 Prozent. Das ist ein Anstieg um 0,03 Prozentpunkte. Deutlich stärker war der Anstieg der Niederlande. So tauchten diese mit 0,13 Prozent im Jahr 2024 nicht unter den Top-5-Nettozahlern relativ zum BNE auf. Im Jahr 2025 folgen sie hingegen mit 0,28 Prozent dicht auf Deutschland. Auf dem dritten Platz liegt Schweden mit 0,21 Prozent (2024: 0,17 Prozent), gefolgt von Frankreich mit 0,18 Prozent (2024: 0,16 Prozent). Österreich liegt 2025 auf dem fünften Platz der größten Nettozahler gemessen relativ zum BNE mit 0,17 Prozent. 2024 lag das Land noch auf dem zweiten Platz mit 0,18 Prozent. Irland zählt anders als 2024 dieses Jahr nicht mehr zu den Top 5 der größten Nettozahler relativ zum BNE.

Schaut man auf die größten Nettoempfänger relativ zum BNE, so liegen wie schon 2024 Lettland mit 2,70 Prozent und Litauen mit 1,74 Prozent auch 2025 an der Spitze. Dies sind sogar leichte Anstiege gegenüber dem Vorjahr, in dem die Werte bei 2,60 Prozent für Lettland und 1,65 Prozent für Litauen lagen. Auf dem dritten Platz liegt 2025 Rumänien mit 1,61 Prozent. 2024 war das Land mit 0,78 Prozent noch nicht unter den Top-5-Empfängerländern. Auf dem vierten Platz liegt wie schon im Vorjahr Griechenland mit 1,58 Prozent (2024: 1,50 Prozent). Die Liste wird komplettiert durch Estland auf Rang fünf mit 1,41 Prozent (2024: 1,59 Prozent). Bulgarien lag 2024 noch auf dieser Position (2025: 1,23 Prozent).

Abbildung 2-3: Operativer Haushaltssaldo ausgewählter Mitgliedstaaten

Anteil am BNE in Prozent, 2025



Bei dem hier berechneten Haushaltssaldo werden die Zolleinnahmen, die Verwaltungsausgaben und die Ausgaben in Drittländern nicht berücksichtigt.

Quellen: Europäische Kommission, 2026; Institut der deutschen Wirtschaft

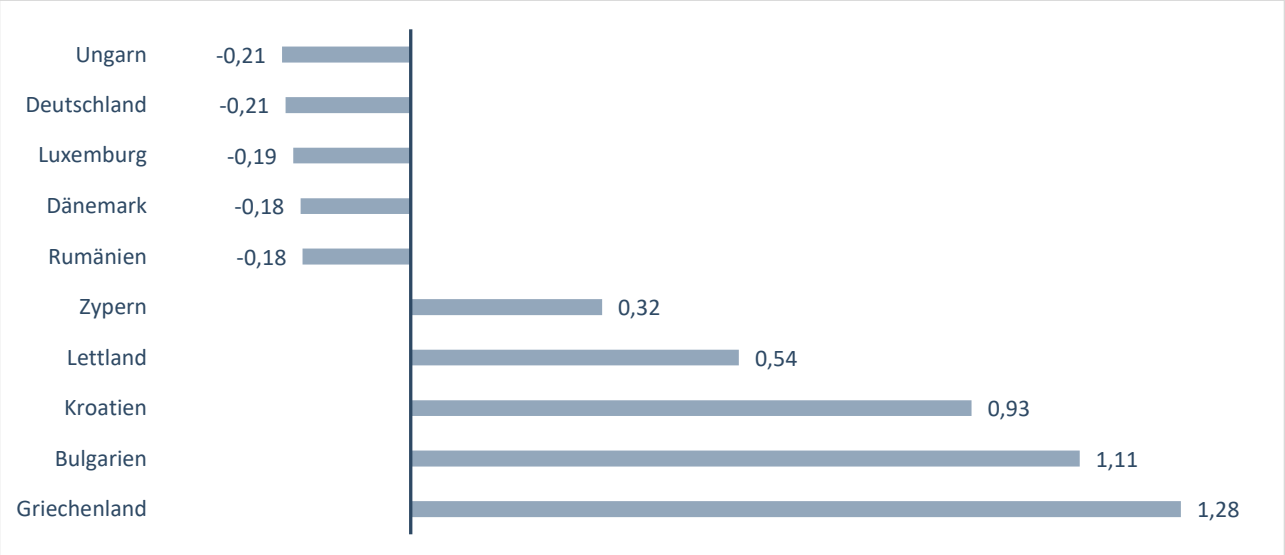
2.2 NextGenerationEU

Im Juni 2020 einigten sich die Staats- und Regierungschefs der EU-Staaten auf das schuldenfinanzierte Programm NextGenerationEU (NGEU), einen gemeinschaftlichen Wiederaufbaufonds. Mit NGEU sollten ursprünglich Finanzhilfen und Kredite in einem Umfang von 807 Milliarden Euro (in laufenden Preisen) bereitgestellt werden. Damit sollten die durch den Lockdown und die Störung der Lieferketten infolge der Coronapandemie induzierte Rezession bekämpft sowie die grüne und die digitale Transformation gefördert werden. Wichtigster Bestandteil ist die aus Darlehen und Finanzhilfen bestehende Aufbau- und Resilienzfazilität (ARF). Auf sie entfällt der weitaus größte Teil der NGEU-Finanzmittel; gefördert werden überdies eine Reihe anderer Programme. Ende August 2026 betrug der gesamte Finanzrahmen der ARF 573 Milliarden Euro. 360 Milliarden entfielen auf die Finanzhilfen und 213 Milliarden auf Kredite. Die Frist für die Beantragung von Krediten endete schon im August 2023. Zum 1. Oktober 2026 waren bereits 279 Milliarden Euro an Finanzhilfen an die Mitgliedstaaten ausgezahlt worden. Die Differenz zu 360 Milliarden Euro bedeutet, dass noch mit weiteren Zahlungen zu rechnen ist, die bis zum 31. Dezember 2026 möglich sind.

Im Jahr 2025 wurden aus der ARF Finanzhilfen in Höhe von 40,3 Milliarden Euro an die Mitgliedstaaten ausgezahlt; das waren fast 31,5 Milliarden Euro weniger als im Jahr zuvor. Auch bei den Empfängerländern ist es zu deutlichen Verschiebungen gekommen. Besonders Deutschland fällt hier auf, das 2025 knapp 350 Millionen Euro erhielt, nach 15,2 Milliarden Euro im Jahr 2024. Andere Mitgliedstaaten waren ebenfalls von Mittelkürzungen betroffen. Das ist mit der Konstruktion von NGEU zu erklären, denn die Mittel werden freigegeben, wenn die Mitgliedstaaten dies beantragen, nachdem die einschlägigen Etappenziele und Zielwerte zufriedenstellend erreicht worden sind. Die Kommission prüft die Erfüllung, die Auszahlung erfolgt tranchenweise. Abbildung 2-4 enthält die NGEU-Nettopositionen der fünf größten Nettoempfänger und Nettozahler für das Jahr 2025 in Prozent des BNE.

Abbildung 2-4: NGEU-Nettopositionen ausgewählter Mitgliedstaaten

Anteile am BNE in Prozent, 2025



Quellen: Europäische Kommission, 2026; Institut der deutschen Wirtschaft

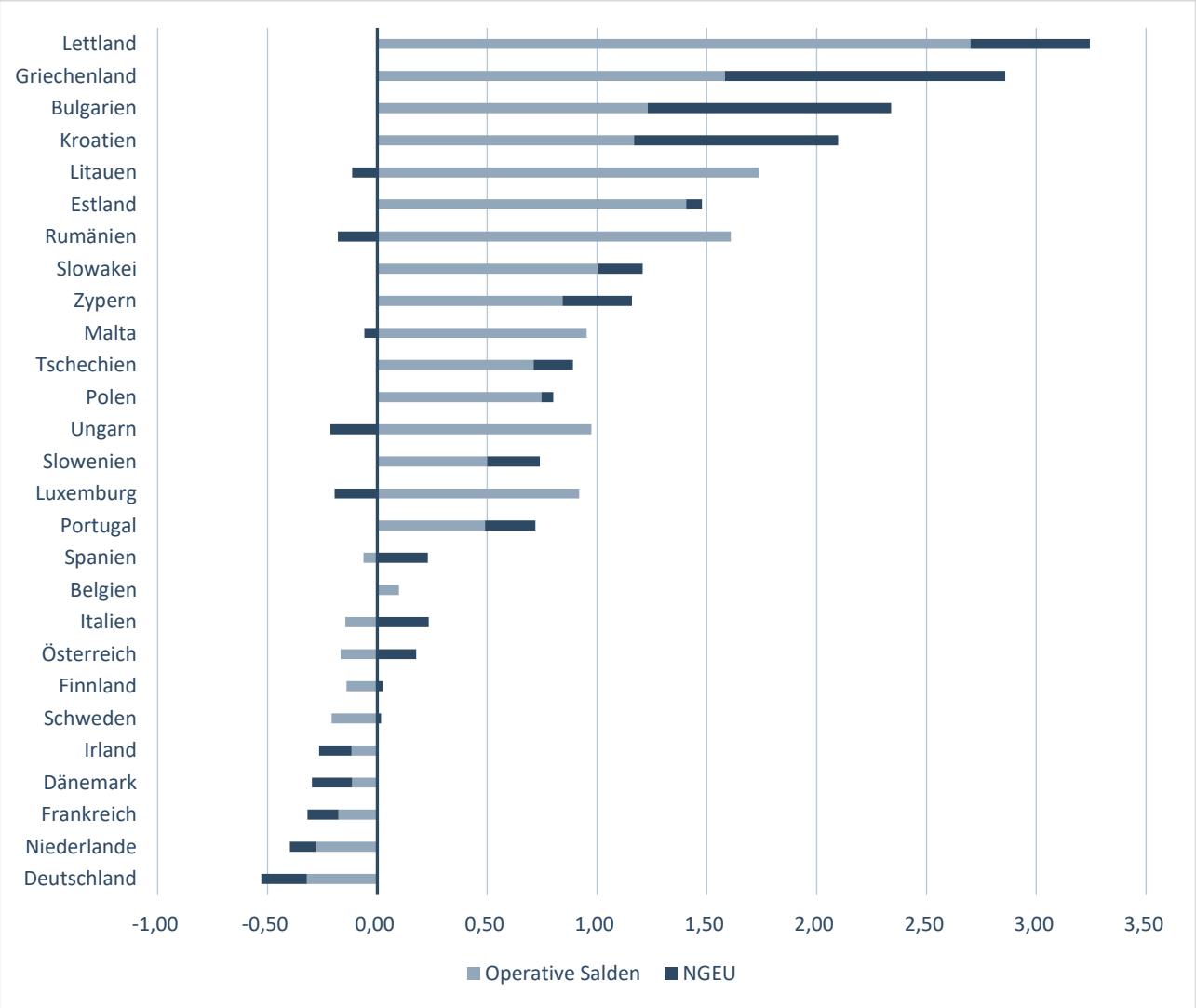
Größter Nettoempfänger 2025 war Griechenland mit Zuflüssen in Höhe von 1,28 Prozent des BNE, gefolgt von Bulgarien mit 1,11 Prozent und Kroatien mit 0,93 Prozent. Weitere große Nettoempfänger sind Lettland und Zypern.

Dem gegenüber stehen die fünf größten Nettozahler, deren Positionen gemessen am BNE mit 0,18 (Rumänien und Dänemark) über 0,19 (Luxemburg) bis 0,21 Prozent (Deutschland und Ungarn) dicht beieinander liegen. Im Falle von Ungarn hat eine wesentliche Rolle gespielt, dass die Europäische Kommission Zahlungen zurückhielt, weil die rechtsstaatlichen Voraussetzungen und die Einhaltung von Grundwerten nicht gegeben waren.

Saldiert man die operativen Haushaltssalden und die Nettopositionen bei NGEU, erhält man die gesamte Position (Abbildung 2-5).

Abbildung 2-5: Operativer Haushaltssaldo einschließlich NGEU

Anteile am BNE in Prozent, 2025



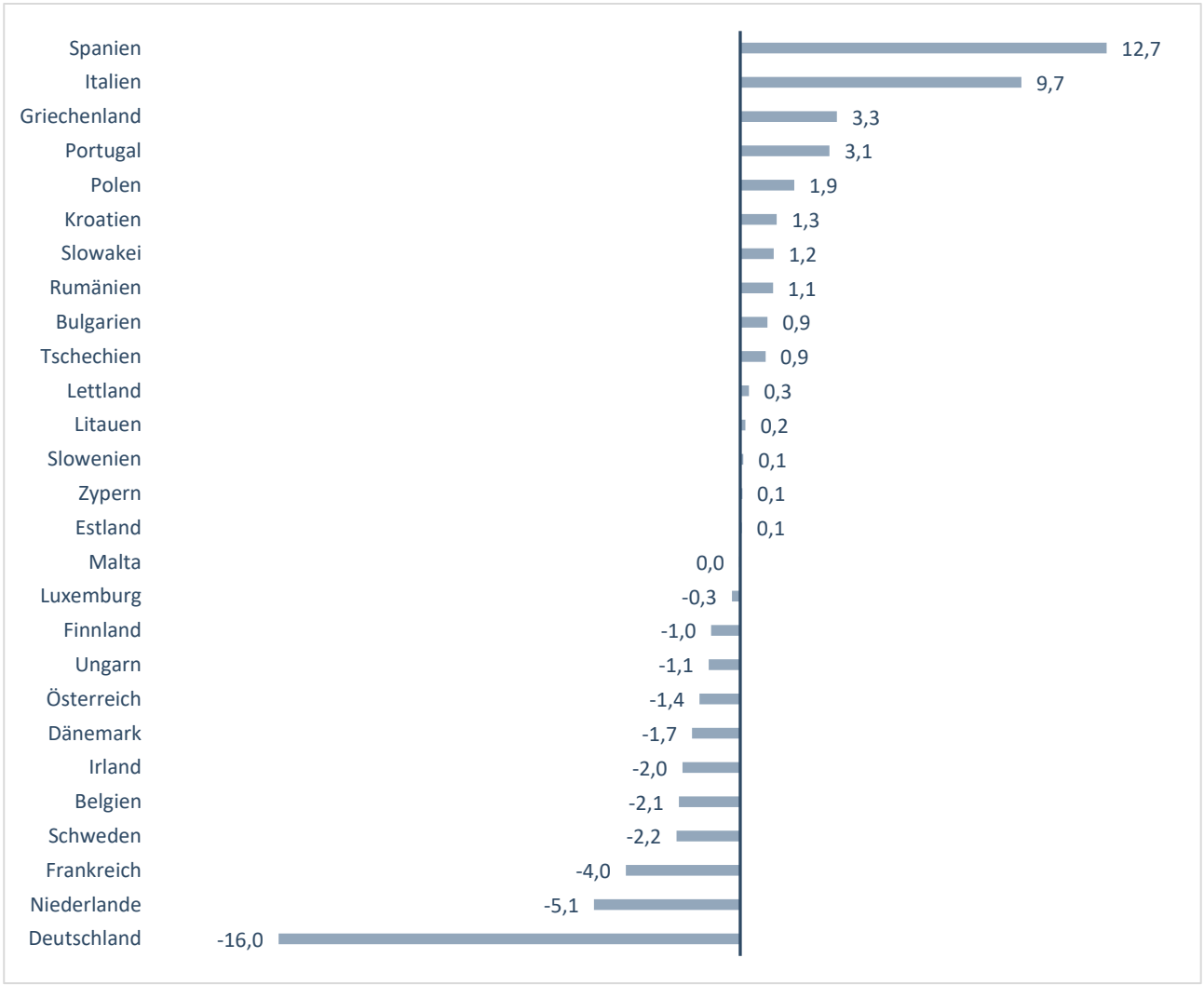
Quellen: Europäische Kommission, 2026; Institut der deutschen Wirtschaft

Bei den meisten Mitgliedstaaten haben beide Nettopositionen dasselbe Vorzeichen, das heißt die Nettopositionen gehen in dieselbe Richtung. Demnach werden aus operativen Nettoempfängern aus dem EU-Haushalt noch größere Nettoempfänger, wenn NGEU berücksichtigt wird. Bei Lettland, Griechenland, Bulgarien und Kroatien zeigt sich das sehr deutlich. Umgekehrt werden bei Berücksichtigung von NGEU aus Nettozahlern in den EU-Haushalt noch größere Nettozahler: Bei Deutschland, Dänemark und Irland zeigt sich dies ebenfalls sehr deutlich. Ausnahmen bilden unter anderem Litauen, Rumänien und Ungarn, die Nettoempfänger gegenüber dem EU-Haushalt sind, aber Nettozahler in Bezug auf NGEU. Ausnahmen sind aber auch Italien, Spanien und Österreich: Alle drei Länder sind Nettozahler im EU-Haushalt, aber Nettoempfänger bei NGEU.

NGEU kann als ein Zeichen der innergemeinschaftlichen Solidarität als Reaktion auf eine große Krise, wie sie die Coronapandemie zweifellos war, gewertet werden. Vergleicht man die Auszahlungen, die bis einschließlich dem 1. Oktober 2026 an die Mitgliedstaaten stattgefunden haben, mit ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit gemessen am Bruttonationaleinkommen, zeigt sich folgendes Bild, wie in Abbildung 2-6 dargestellt.

Abbildung 2-6: Differenz aus Anteilen an den ARF-Zuschüssen und BNE-Anteilen

In Prozentpunkten



Stand Auszahlungen: 1.10.2026.

Quellen: Europäische Kommission, o. J.; Europäische Kommission, 2026; Institut der deutschen Wirtschaft

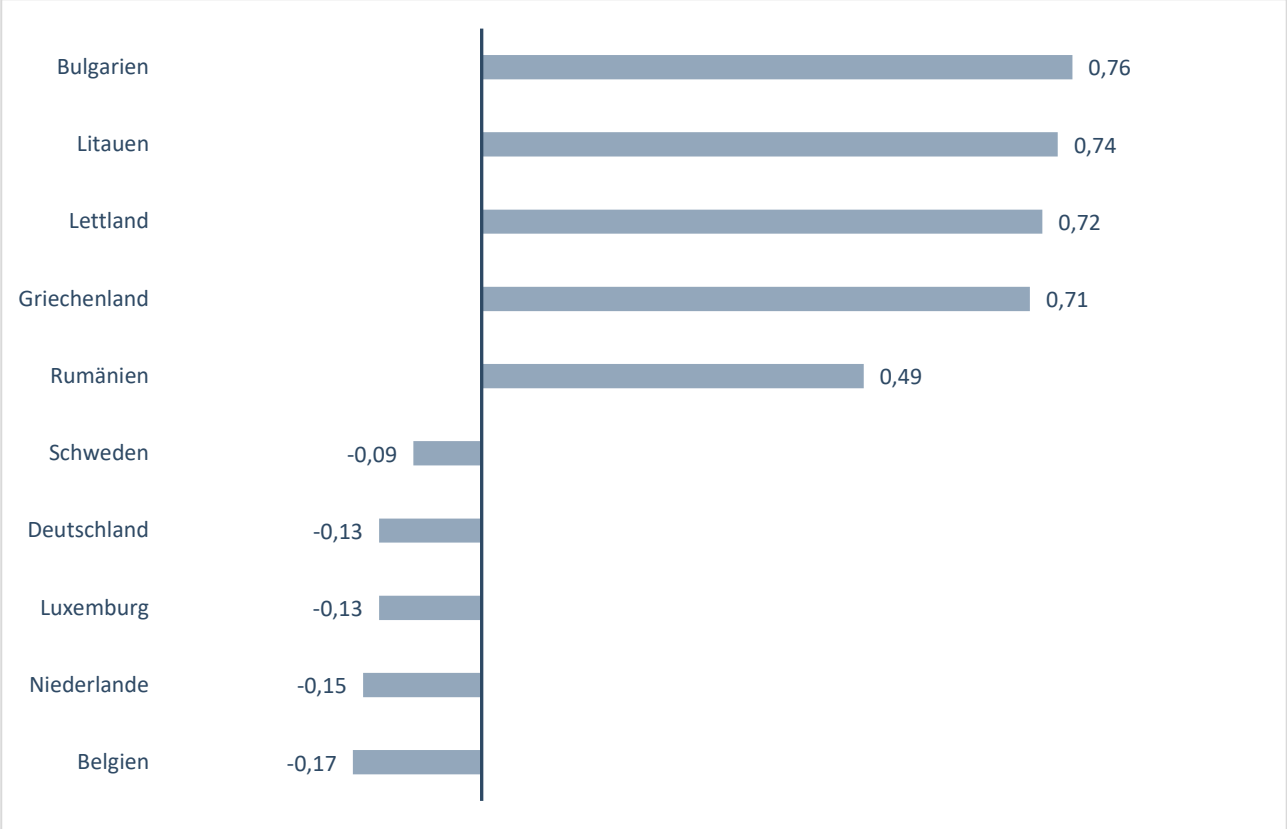
Hier werden die Anteile der Mitgliedstaaten an den ARF-Finanzhilfen ihren BNE-Anteilen gegenübergestellt. So gerechnet haben Spanien und Italien am meisten von der innergemeinschaftlichen Solidarität profitiert, gefolgt mit deutlichem Abstand von Griechenland, Portugal und Polen. Deutschland hat sich am stärksten solidarisch gezeigt, ebenfalls mit deutlichem Abstand gefolgt von den Niederlanden und Frankreich. Die ungarische Position dürfte sich deutlich verschieben, wenn es dem Land gelingt, „seinen ausstehenden Anteil" an den Finanzhilfen noch bis zum 31. Dezember 2026 zu verwirklichen. Immerhin hatte der Rat im Juli 2026 einen neuen Aufbau- und Resilienzplan für Ungarn gebilligt, der es ermöglichen soll, an Ungarn Zuschüsse in Höhe von rund 6,5 Milliarden Euro auszuzahlen (Rat der EU, 2026). Bislang hat Ungarn lediglich 140 Millionen Euro als Vorfinanzierungszahlung erhalten.

2.3 Fiktive Agrar- und Kohäsionssalden

Eine Reihe von Mitgliedstaaten hat sich gegen eine Kürzung der Agrar- und Kohäsionsausgaben ausgesprochen. Unter anderem für Frankreich, Italien und Spanien haben die Agrarzahlungen aus dem EU-Haushalt eine große Bedeutung. Das zeigt sich daran, dass alle drei Länder überproportional von der gemeinsamen Agrarpolitik profitieren. Während für die EU-27 der Anteil der Agrarausgaben an allen Ausgaben bei 42 Prozent liegt, sind es bei Italien 48 Prozent, bei Frankreich 58 Prozent und bei Spanien sogar 62 Prozent. Für eine Gesamtbetrachtung ist es aber auch wichtig, neben den Rückflüssen für die Agrarpolitik die nationalen Einzahlungen für diesen Politikbereich zu berücksichtigen. Zu diesem Zweck kann man fiktive Agrarsalden gegenüber dem EU-Haushalt ermitteln. Es wird dann unterstellt, dass der EU-Haushalt nur aus Agrarausgaben besteht. Die nationalen Finanzierungsbeiträge werden dabei nach dem Anteil der Mitgliedstaaten an den gesamten nationalen Beiträgen ermittelt. Subtrahiert man von den Rückflüssen die Finanzierungsbeiträge, erhält man die fiktiven Salden in der Agrarpolitik (Abbildung 2-7).

Abbildung 2-7: Fiktive Agrarsalden ausgewählter Mitgliedstaaten

Anteil am BNE in Prozent, 2025



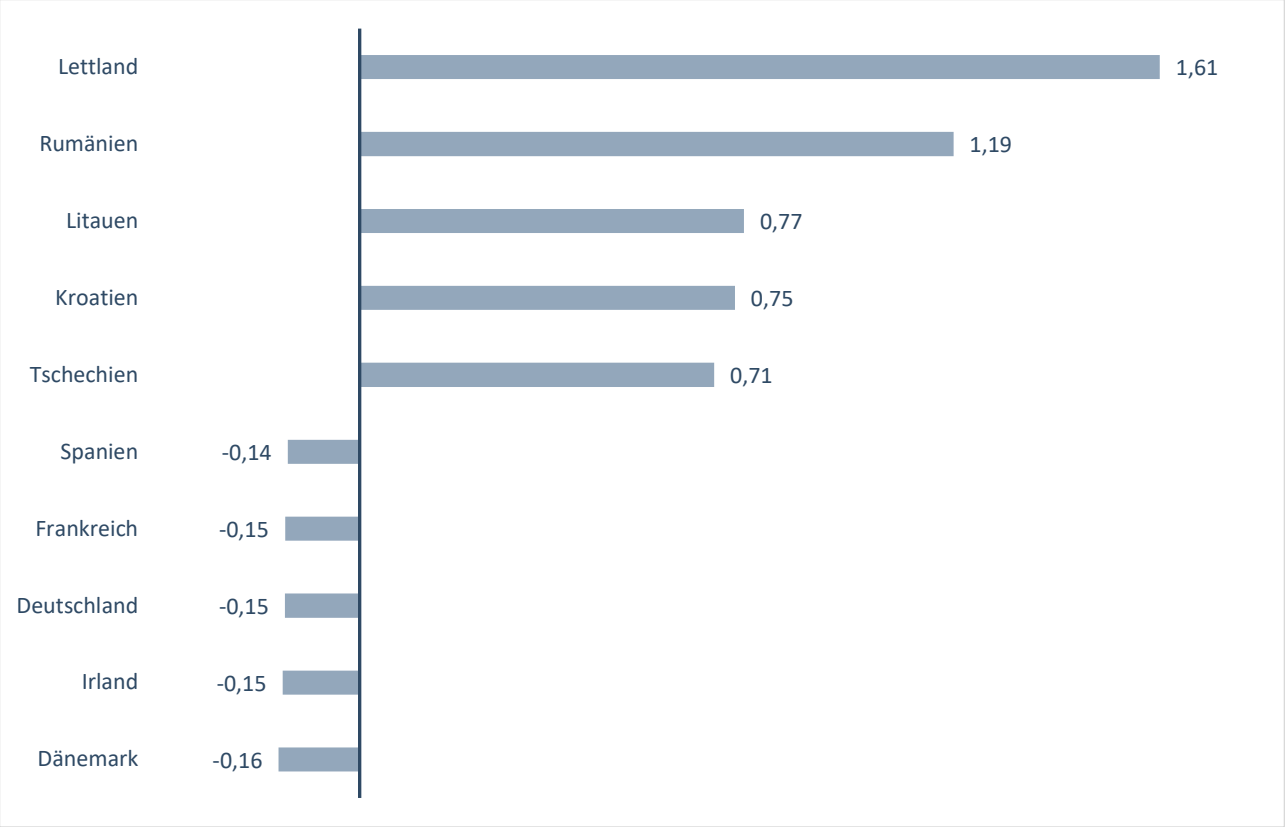
Quellen: Europäische Kommission, 2026; Institut der deutschen Wirtschaft

Die Nettoempfänger gegenüber dem Agrarhaushalt sind mit Ausnahme Griechenlands ost- und mitteleuropäische Mitgliedstaaten: Bulgarien, Litauen, Lettland und Griechenland liegen gemessen am Anteil am BNE dicht beieinander bei gut 0,7 Prozent. Rumänien kommt noch auf 0,49 Prozent des BNE. Auch Spanien ist mit einem Anteil von 0,09 Prozent Nettoempfänger gegenüber dem Agrarhaushalt. Frankreich und Italien sind dagegen, wenn auch nur in geringem Ausmaß, Nettozahler, mit 0,01 und 0,04 Prozent des BNE. Größte Nettozahler sind Belgien und die Niederlande mit 0,17 beziehungsweise 0,15 Prozent, gefolgt von Luxemburg und Deutschland mit 0,13 Prozent des BNE. Schweden komplettiert die Top 5.

Analog zu den Agrarsalden kann man auch fiktive Kohäsionssalden ermitteln. Auch hier wird in einem Gedankenexperiment unterstellt, dass der EU-Haushalt nur aus Kohäsionsausgaben besteht. Die nationalen Finanzierungsanteile werden aus den Anteilen der Mitgliedstaaten an den nationalen Beiträgen berechnet und mit den Zahlungen aus dem EU-Haushalt für die Kohäsionspolitik saldiert. Größte Nettoempfänger sind hier wie im Agrarbereich Lettland und Rumänien mit deutlich über einem Prozent des BNE. Auch Litauen, Kroatien und Tschechien mit gut 0,7 Prozent des BNE sind Nettoempfänger. Die fünf größten Nettozahler in der Kohäsionspolitik – Dänemark, Irland, Deutschland, Frankreich und Spanien – liegen mit 0,14 bis 0,16 Prozent des BNE dicht beieinander.

Abbildung 2-8: Fiktive Kohäsionssalden ausgewählter Mitgliedstaaten

Anteil am BNE in Prozent, 2025



Quellen: Europäische Kommission, 2026; Institut der deutschen Wirtschaft

3 Resümee

Deutschland ist mit einer Nettoposition von 14,9 Milliarden Euro im Jahr 2025 der mit deutlichem Abstand größte Nettozahler in der EU. Das bedeutet zudem einen Anstieg gegenüber dem Vorjahr um 1,8 Milliarden Euro oder ein Siebtel. Dieser Anstieg ist weitgehend durch gestiegene nationale Beiträge erklärbar: Durch die Ausweitung des EU-Budgets musste Deutschland mehr einzahlen, die Rückflüsse sind zudem etwas geringer ausgefallen als im Jahr zuvor. Betrachtet man hingegen die Nettozahlungen pro Kopf, liegt Deutschland mit 178 Euro in diesem Jahr knapp hinter den Niederlanden mit 179 Euro. Schlüsselt man die Nettoposition relativ zum BNE auf, was den Vergleich in Bezug auf die Wirtschaftskraft der Mitgliedstaaten erleichtert, so liegt Deutschland wiederum mit 0,32 Prozent auf der ersten Position der Nettozahler.

Neben dem regulären EU-Haushalt fließen auch im Rahmen des Corona-Wiederaufbaufonds NextGenerationEU Finanzströme zwischen den Mitgliedstaaten. Deutschland hat 2025 knapp 350 Millionen Euro aus dem Fonds erhalten, nach 15,2 Milliarden Euro im Jahr 2024. Damit ist Deutschland gemessen am Anteil des BNE mit 0,21 Prozent zusammen mit Ungarn der größte Nettozahler in diesem Nebenhaushalt. Kombiniert man die Nettoposition Deutschlands aus dem regulären EU-Haushalt mit der NGEU-Nettoposition, kommt man auf einen Anteil von 0,53 Prozent des BNE.

NGEU kann dabei als ein Zeichen der innergemeinschaftlichen Solidarität als Reaktion auf eine große Krise, wie sie die Coronapandemie zweifellos war, gewertet werden. Vergleicht man demnach die Auszahlungen, die bis einschließlich dem 1. Oktober 2026 an die Mitgliedstaaten getätigt wurden mit deren wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit gemessen am Bruttonationaleinkommen, so haben Spanien und Italien am meisten profitiert, während Deutschland, die Niederlande und Frankreich den größten Solidaritätsbeitrag relativ zu ihrem BNE geleistet haben.

Welche Mitgliedstaaten von der europäischen Agrar- und Kohäsionspolitik, dem größten Posten auf der Ausgabenseite des EU-Haushalts, finanziell am stärksten profitieren, zeigt sich bei einer Zerlegung der gesamten Nettoposition in die entsprechenden Teilsalden. Der größte Nettoempfänger der Agrarpolitik ist gemessen am BNE Bulgarien, gefolgt von Litauen, Griechenland und Lettland. Bei den Ausgaben für den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt (Kohäsionsausgaben) ist Lettland größter Nettoempfänger. An zweiter und dritter Stelle liegen Rumänien und Litauen. Deutschland ist sowohl bei dem Teilsaldo für die Agrar- als auch für die Kohäsionspolitik unter den fünf größten Nettozahlern, wenn auch nicht auf dem ersten Platz.

In den laufenden Verhandlungen zum nächsten MFR für den Zeitraum 2028 bis 2034 gilt es nun, die richtigen Weichen zu stellen. Angesichts der vielfältigen geopolitischen Herausforderungen muss ein größerer Schwerpunkt in den Bereichen Verteidigung und der Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der EU liegen. Denn aus dem Haushalt der EU sollten vorrangig europäische öffentliche Güter finanziert werden. Gerade bei gemeinsamen Verteidigungsanstrengungen profitieren alle Mitgliedstaaten davon; hier gibt es keine Rivalität im Konsum. Insofern geht der Vorschlag der irischen Ratspräsidentschaft in die falsche Richtung, denn dieser sieht genau in diesen Bereichen Kürzungen vor, während die Mittel für die Agrar- und Kohäsionspolitik unangetastet bleiben sollen. Insbesondere die Agrarpolitik sollte primär aus nationalen Haushalten finanziert werden.

4 Abstract

EU Budget 2025: The Net Positions of the Member States

Who are the Largest Net Contributors and Net Recipients

The balance compares attributable EU receipts with national contributions. In 2025, Germany was again the largest net contributor, at €14.9 billion, an increase of €1.8 billion from 2024. The Netherlands ranked narrowly ahead of Germany in net payments per capita, at €179 compared with €178. Relative to gross national income (GNI), Germany was the largest net contributor, at 0.32 percent, followed by the Netherlands with 0.28 percent. Poland (€6.7 billion) and Romania (€5.9 billion) were the largest net recipients in absolute terms. Relative to GNI, Latvia (2.70 percent) and Lithuania (1.74 percent) benefited most. It is important to note that net positions capture only attributable contributions and receipts, not the full economic and non-monetary benefits of EU membership.

The analysis also includes NextGenerationEU (NGEU). In 2025, Recovery and Resilience Facility (RRF) grants totaled €40.3 billion, €31.5 billion less than in 2024. Germany received just under €350 million, down from €15.2 billion. Greece was the largest NGEU net recipient (1.28 percent of GNI), while Germany and Hungary were the largest net contributors (0.21 percent each). Combining operational balances and NGEU, Germany's net contribution was 0.53 percent of GNI. Comparing Member States' shares of RRF grants with their shares of GNI, Spain and Italy had benefited most. Germany made the largest solidarity contribution.

Separate balances for agricultural and cohesion policy show different distribution patterns. Agricultural spending accounted for 42 percent of EU expenditure, the shares were 48 percent in Italy, 58 percent in France and 62 percent in Spain. In the hypothetical agricultural budget, Bulgaria, Lithuania, Latvia and Greece were net recipients, each at just over 0.7 percent of GNI. France and Italy were slight net contributors. Belgium (0.17 percent), the Netherlands (0.15 percent), and Luxembourg and Germany (0.13 percent each) were the largest net contributors. In the hypothetical cohesion budget, Latvia and Romania led the net recipients, at well above 1 percent of GNI. Lithuania, Croatia and Czechia each reached just over 0.7 percent. The largest net contributors—Denmark, Ireland, Germany, France and Spain—were clustered between 0.14 and 0.16 percent of GNI.

These findings matter for negotiations on the 2028–2034 multiannual financial framework. In view of geopolitical challenges, there should be greater emphasis on defence and competitiveness. The Irish Council Presidency's compromise proposal, on the other hand, is envisaging cuts in these areas while leaving agricultural and cohesion funding unchanged. This is therefore a step in the wrong direction. After all, the EU budget should primarily be used to finance European public goods. All member states benefit from joint defense efforts in particular; there is no rivalry in consumption in this area.

Anhang

Tabelle A-1: Operative Haushaltssalden der 27 Mitgliedstaaten im Jahr 2025

	Operativer Haushaltssaldo			inkl. NGEU
	In Millionen Euro	Euro pro Einwohner	In Prozent BNE	In Prozent BNE
Belgien	622	52,26	0,10	0,10
Bulgarien	1.367	212,78	1,23	2,34
Tschechien	2.389	219,35	0,71	0,89
Dänemark	–483	–80,37	–0,11	–0,30
Deutschland	–14.855	–177,87	–0,32	–0,53
Estland	573	418,24	1,41	1,48
Irland	–512	–93,53	–0,12	–0,26
Griechenland	3.833	363,77	1,58	2,86
Spanien	–1.069	–21,66	–0,06	0,17
Frankreich	–5.372	–77,86	–0,18	–0,32
Kroatien	1.087	279,93	1,17	2,10
Italien	–3.280	–55,64	–0,15	0,09
Zypern	273	275,94	0,84	1,16
Lettland	1.137	618,70	2,70	3,24
Litauen	1.429	494,85	1,74	1,62
Luxemburg	550	800,90	0,92	0,72
Ungarn	2.084	219,02	0,98	0,76
Malta	209	359,67	0,95	0,89
Niederlande	–3.239	–179,05	–0,28	–0,40
Österreich	–851	–92,47	–0,17	0,01
Polen	6.674	178,60	0,75	0,80
Portugal	1.481	137,03	0,49	0,72
Rumänien	5.948	312,35	1,61	1,43
Slowenien	349	163,56	0,50	0,74
Slowakei	1.341	245,76	1,00	1,21
Finnland	–394	–69,79	–0,14	–0,11
Schweden	–1.292	–121,02	–0,21	–0,19

Bei dem hier berechneten Haushaltssaldo werden die Zolleinnahmen, die Verwaltungsausgaben und die Ausgaben in Drittländern nicht berücksichtigt.

Quellen: Europäische Kommission, 2026; Eurostat, 2026; Institut der deutschen Wirtschaft

Tabellenverzeichnis

Tabelle A-1: Operative Haushaltssalden der 27 Mitgliedstaaten im Jahr 2025 19

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 2-1: Operativer Haushaltssaldo ausgewählter Mitgliedstaaten 8
Abbildung 2-2: Operativer Haushaltssaldo ausgewählter Mitgliedstaaten 9
Abbildung 2-3: Operativer Haushaltssaldo ausgewählter Mitgliedstaaten 10
Abbildung 2-4: NGEU-Nettopositionen ausgewählter Mitgliedstaaten..... 11
Abbildung 2-5: Operativer Haushaltssaldo einschließlich NGEU 12
Abbildung 2-6: Differenz aus Anteilen an den ARF-Zuschüssen und BNE-Anteilen..... 13
Abbildung 2-7: Fiktive Agrarsalden ausgewählter Mitgliedstaaten 15

Literaturverzeichnis

Bardt, Hubertus / Bolwin, Lennart / Busch, Berthold / Matthes, Jürgen, 2024, Brexit – Kein Vorbild für Deutschland, in: IW-Trends, 51. Jg., Nr. 2, S. 101–117

Busch, Berthold / Kauder, Björn / Sultan, Samina, 2025, EU-Haushalt und Mitgliedstaaten. Wer ist Nettozahler, wer Nettoempfänger?, IW-Report, Nr. 62, Köln

Europäische Kommission, 2026, EU spending and revenue 2021–2027, https://commission.europa.eu/strategy-and-policy/eu-budget/long-term-eu-budget/2021-2027/spending-and-revenue_en [10.10.2026]

Europäische Kommission, o. J., Disbursements, https://ec.europa.eu/economy_finance/recovery-and-resilience-scoreboard/disbursements.html [1.10.2026]

Felbermayr, Gabriel / Heiland, Inga, 2024, Was kostet uns ein Dexit? Quantitative Ergebnisse einer volkswirtschaftlichen Analyse, https://www.insm.de/aktuelles/publikationen/was-kostet-uns-ein-dexit [10.10.2026]

Eurostat, 2026, Datenbank, Bevölkerung und Erwerbstätigkeit – Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen – jährliche Daten (nama_10_pe__custom_22955478) [30.9.2026]

Petzold, Wolfgang, 2026, Große Herausforderungen, knappe Mittel: Zwischenstand der Verhandlungen zum EU-Haushalt 2028-2034, in: Integration, 48. Jg., Nr. 3, S. 194–205

Rat der EU, 2026, Aufbau- und Resilienzfazilität: Rat gibt grünes Licht für neuen Plan für Ungarn, Pressemitteilung vom 10. Juni, https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2026/07/10/recovery-and-resilience-facility-council-greenlights-new-plan-for-hungary/ [11.10.2026]